

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Gemeinsam kämpfen – für die volle Durchsetzung der Forderungen

Die öffentlichen Arbeitgeber rufen nicht nur zur „Mäßigung“ auf. Sie haben zudem Kürzungen in der betrieblichen Altersvorsorge gefordert und in der Frage der Entgeltordnung für die 200.000 angestellten LehrerInnen blockieren sie weiter. Den Arbeitgebern muss klar gemacht werden, dass sie jegliche Überlegungen zu Kürzungen in den Papierkorb schmeißen sollten. Und: Geld ist genug da, es ist nur falsch verteilt. 25% des Vermögens in Deutschland ist im Besitz von nur 0,02 Prozent der Bevölkerung! Eine Millionärssteuer von 10 Prozent brächte jährlich 200 Milliarden Euro ein. Sehr viel Geld, was in die Bereiche Bildung, Gesundheit, Soziales fließen könnte, also auch für bessere Bezahlung und mehr Personal. Stattdessen denkt Finanzminister Schäuble über eine Aufstockung der Militärausgaben nach. Wie das Geld verteilt und wofür es investiert wird, ist eine Frage der Kräfteverhältnisse. Mit einem erfolgreichen Arbeitskampf kann ein Anfang gemacht werden, um diese Kräfteverhältnisse zugunsten der Lohnabhängigen zu verändern.

Keine Abstriche

Die Warnstreik-Mobilisierungen sollten dazu genutzt werden, in den Betrieben und Dienststellen Mitglieder zu mobilisieren und sich auf einen ernsthaften Arbeitskampf vorzubereiten. Die volle Durchsetzung der Forderungen von 5,5 Prozent, mindestens aber 175€ für die Anhebung der unteren Lohngruppen ist nötig, um endlich zu erreichen, dass die Länderbeschäftigten wieder Anschluss an die Lohnentwicklung bekommen. Immer noch müssen Verluste aus der Einführung des TVL wett gemacht werden. Auch ver.di Vorsitzender Frank Bsirske, der TVÖD und TVL als Jahrhundertwerke verteidigt hatte, kommt nicht umhin zu sagen: „Es hat gerade für untere Einkommensgruppen nach dem Wechsel vom alten Bundesangestellt-

ten-Tarifvertrag (BAT) auf den neuen Tarifvertrag der Länder (TVL) Verschlechterungen gegeben, die wir mit dem Mindestbetrag ausgleichen wollen.“ (schwäbische.de 1.3.2015). Er weist auch darauf hin, dass es darum gehen muss, die vielfache Praxis von Befristungen zu beenden, weshalb ein Ausschluss sachgrundloser Befristungen gefordert wird. Und wieder steht die wichtige Forderung nach einer verbindlichen Übernahmeregelung auf der Liste, die nach Meinung des Netzwerks unbefristete Übernahme aller heißen sollte. Um in die Offensive zu kommen, sollte das Ziel sein, diesmal auch nicht bei der Hälfte abzuschließen, sondern die Forderungen voll durchzusetzen.

LEGO

Seit Einführung des TVL gibt es noch immer keine Entgeltordnung für die rund 200.000 angestellten LehrerInnen (LEGO). Das heißt, hier herrscht seit Jahren ein tarifloser Zustand. Die öffentlichen Arbeitgeber bestimmen nach Guts-herrenart über Bezahlung und andere tarifliche Regelungen ihrer Angestellten. Für viele KollegInnen bedeutet das, sie bekommen mehrere hundert Euro weniger als ihre verbeamteten KollegInnen für die gleiche Arbeit. Die Arbeitgeber haben die Forderung nach LEGO in den letzten drei Tarifrunden in ihrer maßlosen Arroganz einfach übergangen. Das ist ein politischer Skandal. Die GEW Berlin hat 2013 den Druck auf den Senat erhöht, indem sie den Arbeitskampf fortgesetzt hat. Wenn die GEW in einigen anderen Bundesländern mitgezogen hätte, dann hätten ein ganz anderer Druck und eine bundesweite Dynamik entstehen können. Diesmal muss die Blockadehaltung der Arbeitgeber durchbrochen werden.

V.i.S.d.P. A. Teweleit, c/o Littenstr. 106/107, 10179 Berlin

Kampfkraft steigern

Es stellen sich in der Ländertarifrunde große Herausforderungen, wie ein Arbeitskampf zum Erfolg geführt werden kann. Ein Problem ist ein relativ niedriger Organisationsgrad bei den Länderbeschäftigten. Durch TVL und TVÖD wurde die gemeinsame Kampfkraft aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst dadurch geschwächt, dass sie jetzt nicht mehr gemeinsam kämpfen. Seit Jahren laufen die Tarifrunden von Bund/Kommunen und Ländern genau um ein Jahr versetzt. Das könnte jetzt geändert werden, wenn die Forderung nach einjähriger Laufzeit erfüllt wird. Alle Erfahrungen von Arbeitskämpfen der letzten Jahre zeigen, dass gerade der Streik neue Gewerkschaftseintritte bringt. Das war auch beim Arbeitskampf im Einzelhandel letztes Jahr der Fall, wo es das gleiche Problem gibt. Zudem gibt es auch im Länderbereich neuralgische Punkte, die Arbeitgeber und auch die Wirtschaft treffen, wie zum Beispiel Streiks von SchleusenwärterInnen oder der Berufsfeuerwehr an Flughäfen. Gesellschaftlich haben die Streiks von ErzieherInnen, LehrerInnen, Pflegepersonal in Uniklinika eine große Wirkung. Hier ist nötig, Solidarität aus der arbeitenden Bevölkerung heraus zu generieren.

Tarifikämpfe zusammen führen

Auch in diesem Frühjahr stehen die Länderbeschäftigten nicht allein in der Tarifauseinandersetzung. Auch die Verhandlungen für eine Aufwertung der Berufe in den kommunalen Sozial- und Erziehungsdiensten haben ihren Auftakt gehabt. Es wird eine höhere Eingruppierung der Berufe gefordert. Im Volumen geht es um etwa zehn Prozent mehr. Hier stellen sich ver.di und GEW auf Urabstimmung und Streik ein. Ein Zusammengehen von beiden Beschäftigtengruppen könnte organisiert werden. Es ergibt sich die Möglichkeit, Streiks und Proteste zeitgleich und gemeinsam zu organisieren und die Tarifikämpfe mit einer gesellschaftlichen Bewegung für eine qualitative Verbesserung der Erziehungs- und Bildungsberufe, für gutes qualifiziertes Personal und mehr Stellen, von der Kita bis zur Hochschule, aufzubauen. Für diese Forderungen könnte eine breite Solidarität in der Bevölke-

rung erreicht werden. Zeitgleiche Streiks und gemeinsame Protestkundgebungen von LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, ErzieherInnen von Schulen und Kitas in den großen Städten, die von SchülerInnen, Eltern und auch den verbeamteten LehrerInnen unterstützt werden – das könnte eine große Dynamik entfalten. Auch der Schulterschluss zu den KollegInnen bei der Post, die mit einem massiven Angriff der Arbeitgeber konfrontiert sind, sollte gesucht werden. Und auch die gegenseitige solidarische Unterstützung mit den Zugpersonal, das sich nun seit Monaten in der Auseinandersetzung mit der Bahn AG befindet, muss aufgebaut werden. Eine gesellschaftspolitischen Bewegung für die Umverteilung von oben nach unten sollte das Ziel sein. Die Gewerkschaften sollten auch an einem Strang ziehen und die Tarifauseinandersetzungen nutzen, um gegen die drohende Einschränkung des Streikrechts durch das Gesetz zur Tarifeinheit zu protestieren – zum Beispiel, indem sie auch zur bundesweiten Demonstration am 18. April in Frankfurt demonstrieren (siehe auch <http://streikrecht-verteidigen.org/>)

Streikversammlungen und Streikkonferenz

Information, Mobilisierung und Einbeziehung von KollegInnen sollte als erster Schritt eine hohe Priorität haben. Warnstreikkundgebungen sind dabei wichtig, aber die KollegInnen sollten auch in Streikversammlungen die Möglichkeit haben zu diskutieren, sich auszutauschen und über die nächsten Schritte zu beraten. Über eine möglichst intensive Einbeziehung der Streikenden kann ein frischer Wind in die Betriebe und Dienststellen getragen werden. KollegInnen können am besten selbst neue KollegInnen für die Gewerkschaft gewinnen. So könnten die Gewerkschaften die Auseinandersetzung nutzen, um stärker zu werden und in die Offensive zu kommen. Schon jetzt sollte auch über die Möglichkeiten von Urabstimmung und Streik beraten und darauf vorbereitet werden. So wie in den Sozial- und Erziehungsdiensten sollten auch bei den Länderbeschäftigten regionale und bundesweite Streikkonferenzen organisiert werden, wo Delegierte eine Strategie besprechen und abstimmen können.